

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl, Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 162

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offsetgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Dienstag, den 14. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zwischen Frankreich und Deutschland ist ein Wirtschaftsabkommen für das Saargebiet abgeschlossen worden.
- * Reichsminister des Innern Schiele hat eine Verordnung über die Feier des Verfassungstages im Reich erlassen.
- * Dr. Edener und Amundsen werden Ende dieses Monats zu einer Besprechung des Nordpol-Zepelinprojektes zusammenstreffen.
- * Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß bis zum 1. April 1926 die Miete auf Friedenshöhe gebracht sein wird.

Der Endkampf um die Aufwertung.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Man kann über die ganze Entwicklungsgeschichte der Aufwertungsfrage, über die Fehler und Versäumnisse, über die Dritte Steuernotverordnung und die Regierungsvorlage, über das Kompromiß und das, was nun endgültig im Reichstagsplenum vorgelegt worden ist, denken, wie man will, man kann das begrüßen oder verurteilen, eins muß man jener Kommission zustehen: sie hat es an eindringlicher Arbeit, an Prüfung und Überprüfung nicht bloß der vorgesehenen Bestimmungen, sondern auch deren Auswirkungen wirklich nicht fehlen lassen. Darüber ist man sich allerdings von vornherein klar gewesen, daß nämlich ein wirklich befriedigendes Resultat doch nicht erreicht werden kann, nicht einmal das Resultat, daß mit dem Streit über die Aufwertung irgendwie Schluß gemacht wird mit der Annahme des Gesetzes. Wie seit Jahresfrist, so fließen die Gegenfälle auch in der Reichstagsführung aufeinander, in der nun das Aufwertungsgesetz in zweiter Lesung beraten wurde. Da man sich eigentlich schon alles gesagt hat, ist es zu begrüßen, daß die Generaldebatte gleich an einem Tage erledigt wurde und man nun bereits in die Spezialdebatte eingetreten ist.

Schon rein äußerlich genommen, ist der Gesetzentwurf, wie er aus dem Aufwertungsausschuß nun herausgekommen ist, weit ausgedehnter als die Regierungsvorlage. Er enthält 88 Paragraphen allein für den ersten Teil, der die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen regelt. Das ist das „Aufwertungsgesetz“. Die zweite Regierungsvorlage trägt den Namen „Gesetz über die Ablösung der öffentlichen Anleihen“, wird also wohl kurz als „Anleiheablösungsgesetz“ zu bezeichnen sein; auch dieses geht dem Umfang nach weit über die Regierungsvorlage hinaus. Die ungeheure Schwierigkeit der ganzen Materie hat es notwendig gemacht, die gesetzlich Bestimmungen außerordentlich zu erweitern.

Aus diesen Gründen kann hier nur auf ein paar Punkte eingegangen werden, nämlich auf die, die man als einen wirklichen Fortschritt gegen das, was bisher war, bezeichnen kann. Von vornherein muß aber betont werden, daß dies kein Werturteil über die Weite des Fortschrittes sein soll; denn gerade darin gehen ja die Meinungen so unendlich weit auseinander. Die Hypothekenaufwertung ist bekanntlich grundsätzlich auf 25 % erhöht worden und geht damit um 10 % über die Regierungsvorlage und um 5 % über den Vorschlag des Reichsrates hinaus. Ferner ist die Rückwirkung bereits gelöschter Hypotheken gegenüber der Regierungsvorlage noch um ein halbes Jahr zurückverlegt worden; sie reicht jetzt bis zum 15. Juni 1922. Außerdem ist die Aufwertung der Industrieobligationen gleichfalls um 10 % beschlossen worden.

Schon diese Bestimmungen ergeben, zahlenmäßig ausgedrückt, gegenüber der Regierungsvorlage eine Mehraufwertung von 10 Milliarden. Dagegen sind die persönlichen Restkaufgeldforderungen, die nach der Praxis des Kammergerichtes einer individuellen Aufwertung unterliegen sollten, auf 75 % beschränkt worden, wenn sie aus der Zeit vom 31. Dezember 1908 bis zum 1. Januar 1912 stammen; die später entstandenen dürfen bis 100 % aufgewertet werden. Dabei geschieht die Umrechnung von Forderungen nach einer Mehrzahl, die den Durchschnitt von Dollarkurs und Großhandelsindex bildet. Grundsätzlich sind die aufgewerteten Hypotheken bis zum 1. Januar 1932 unfällig. Es liegen aber bestimmte Versprechungen seitens der Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften vor, diese Hypothekengläubigeranprüche zu diskontieren bzw. für Verkaufsmöglichkeiten zu einem erträglichen Preise zu sorgen. Auch sollen die für vorgestellten solche Ansprüche hereinnehmen und dafür fürsorgerenten ausgeben.

Gerade die geringe Höhe der Anleiheaufwertung hat bekanntlich dazu geführt, daß die durch die finanzielle Not namentlich des Reiches gebotene nur 5 %ige Aufwertung aus sozialen Gründen mehrfach durchbrochen worden ist. Grundsätzlich ist ja die Unterscheidung zwischen Anleihealt- und -neubest; der Stichtag ist der Erwerb vor bzw. nach dem 1. Juli 1920. Der Anleihe-neubest wird nur mit 25 % konvertiert und genießt keine von den sonstigen Bevorzugungen des Altbestes. Dabei werden Härten vorkommen, namentlich dort, wo der Neubest seine Anleihe noch hoch bezahlt hat; die Schaffung eines Wohlfahrtsfonds zwecks Härtemilderung ist aber von der Regierung als unannehmbar bezeichnet worden. Die neue Anleiheablösungsschuld des Reiches, soweit sie Altbest ist, soll nun durch die Auslösung herbeigeführt werden, wobei das Zweieinhalbfache des Nennbetrages zuzüglich 4 % Zinsen ausbezahlt wird; jährlich sind dafür 125 Millionen ausgelegt. Eine Verstärkung der Auslösung wird übrigens erfolgen, wenn der Reichshaushalt für 1925 Überschüsse ergibt, außerdem auch dann, wenn der Altbest nicht die Höhe von 20 Milliarden erreicht, wie man annimmt.

Sozialen Erwägungen entstammt auch die Vorzugsrente und im Zusammenhang damit die Bagatelleauszahlung. Die Vorzugsrente an Bedürftige — die

Deutsch-französl. Saarabkommen.

Einigung über Wirtschaftssragen.

Die Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen Staatssekretär Trendelenburg, dem französischen Handelsminister Chaumet und zwischen den beiderseitigen Delegationen über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden haben, haben noch zu einem Teilergebnis geführt. Bekanntlich wurden in den letzten Monaten neben den allgemeinen Verhandlungen besonders über die Regelung gewisser besonders dringlicher Wirtschaftssragen des Saargebietes geführt. Diese Beratungen sind nach schwierigen Verhandlungen nunmehr zum Abschluß gelangt. Der Vertrag ist bereits unterzeichnet worden.

Der wesentlichste Inhalt des Abkom.

Bedürftigkeitsgrenze ist über die Regierungsvorlage hinaus auf ein Einkommen von 800 Mark erhöht worden — steht jetzt nicht mehr nur bedürftigen Kriegsangehörigen zu, sondern auch den Besitzern aller anderen Reichs- oder Länderanleihen. Außerdem ist der Höchstbetrag der Vorzugsrente von 800 Mark auf 1200 Mark erhöht worden. Und schließlich noch die Bagatelleauszahlung: der kleine Besitz unter 1000 Mark Anleihe im Nennwert erhält, soweit er ein Einkommen unter 800 Mark hat, jetzt auf je 100 Mark 15 Mark bar ausgezahlt. Und hat er ein Einkommen zwischen 800 und 1500 Mark, dann erhält er 8 Mark auf 100 Mark ausgezahlt.

Das Ziel der Aufwertungsgesetzgebung war vor allem, möglichst bald eine endgültige Rechtsordnung für alle dieses Gebiet streifenden Fragen zu schaffen. Umstände, über die zu diskutieren jetzt doch ganz zwecklos ist, haben es verhindert, daß etwa bei Schaffung der Rentenmark, vor allem aber vor der Feststellung des deutschen Volksvermögens und -einkommens durch die Sachverständigenkommission im Jahre 1924 auch die Aufwertungsfrage geregelt wurde. Ob das Ziel der jetzigen Regelung erreicht wird, bleibt abzuwarten; ein geringer Trost ist es, daß in dem gleichen Augenblick, da sie in Deutschland geschieht, Frankreich durch Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe einen Weg beschreitet, der dieses Land bereinst vor die gleichen Probleme und Kämpfe wie uns stellen wird.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Reichskanzler empfing im Beisein des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers des Innern die Vertreter der Beamtenorganisationen, die die wirtschaftliche Notlage der Beamenschaft darlegten und um eine Erhöhung der Beamtenbezüge einkamen. Nach eingehender Aussprache über die Lage der Beamten, die allgemeine Wirtschaftslage und die Gestaltung der Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie der Reichsbahn erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung zurzeit nicht die Möglichkeit sehe, eine Erhöhung der Beamtenbezüge in Aussicht zu stellen, daß aber das Besoldungsproblem der Gegenstand dauernder Fürsorge der Reichsregierung bleiben werde.

Die Reichsfeier des Verfassungstages.

Der Reichsminister des Innern Schiele hat an sämtliche Landesregierungen einen Erlaß über die Feier des Verfassungstages gerichtet. Danach hat die Reichsregierung beschlossen, den Verfassungstag auch in diesem Jahre in derselben Weise wie im vergangenen Jahre zu begehen. An die Landesregierungen wird die Bitte gerichtet, in ihren Bereichen für eine entsprechende Feier des Tages Sorge zu tragen. Es werden dann Anregungen über amtliche, kirchliche und Schulfeste gegeben. Für die Reichsbehörden ist die Anweisung ergangen, daß die Dienstgebäude vorchriftsmäßig zu flaggen haben.

Wahrungen und Wünsche der Kölner Handelskammer.

Die Industrie- und Handelskammer Köln richtete eine Eingabe an den Reichskanzler, in der sie unter Hinweis auf die immer größer werdenden Zahlungsschwierigkeiten, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen bittet, daß der Reichskanzler eingreife, um diese Hemmnisse zu beseitigen oder nach Möglichkeit zu erleichtern. Gleichzeitig wird der Wunsch nach möglichst schneller Verabschiedung der dem Reichstag vorgelegten Steuerentwürfe und nach größter Sparsamkeit auf der Ausgabe Seite bei Reich, Ländern und Gemeinden ausgesprochen, vor einer Überspannung der sozialen Lasten gewarnt und erklärt, in der Aufwertungsfrage stelle die jetzige Vorlage das Äußerste dar, was noch von der Wirtschaft geleistet werden könne.

Französisches Strafgericht über Dppenheim.

Vor einigen Tagen sollen anlässlich einer von der Rheinlandkommission zugelassenen Gründungsfeier des Sängerkorpses Dppenheim einige unbedeutende Vorkommnisse sich ereignet haben, die von französischer Seite als „Unbotmäßigkeiten“ angesehen wurden. Infolgedessen sind jetzt alle Festlichkeiten, die in Stadt und Kreis Dppenheim geplant waren, darunter auch die Siebenhundertjahrfeier der Stadt, verboten worden. Ferner hat die Bevölkerung Dppen-

mens besteht darin, daß für die Ausfuhr gewisser Erzeugnisse des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet und für die Einfuhr gewisser deutscher Rohstoffe und Fertigfabrikate ins Saargebiet Zollfreiheit oder Zollbegünstigung gewährt werden. Das Abkommen wird unverzüglich nach Zustimmung des deutschen und französischen Parlaments in Kraft treten.

Außer dem Saarabkommen und dessen Schlußprotokoll ist ferner zwischen Staatssekretär Trendelenburg und Minister Chaumet das bereits in Aussicht gestellte Protokoll unterzeichnet worden, nach dem sich die beiden Delegationsführer am 15. September zu erneuten Besprechungen in Paris zusammensind und die beiden Regierungen sich verpflichten, in der Zwischenzeit von Maßnahmen abzusehen, die ausschließlich oder besonders gegen den anderen Teil gerichtet sind.

heims Befehl erhalten, die Fahnenstangen von sämtlichen Häusern zu entfernen.

Frankreich.

× Verwaltungsreformen in Elsaß-Lothringen. Der Senat hat den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Verwaltungsreformen in Elsaß-Lothringen beraten, der die Vereinfachung des Generalkommissariats vom 31. Dezember 1925 ab und die Einsetzung einer besonderen Verwaltungsstelle für Elsaß-Lothringen beim Ministerpräsidenten vorsieht; der Verwaltungsstelle soll ein beratender Ausschuß beigegeben werden. Nach einer kurzen Debatte wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Polen.

× Der französisch-polnische Handelsvertrag, der im April 1924 in Paris unterzeichnet wurde, ist jetzt in Kraft getreten. Polen gewährt Frankreich das Recht der Reisbegünstigung und sehr beträchtliche Zollermäßigungen für die Einfuhr verschiedener Waren. Ihm selbst sichert das neue Abkommen einen Minimalzolltarif für gewisse Einfuhrprodukte. Das Abkommen bildet auch die Grundlage für die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und den verschiedenen Kolonien.

Aus In- und Ausland.

München. Die Lohnstreitigkeiten im bayerischen Brauergewerbe sind durch Abschluß einer freien Vereinbarung beigelegt worden.

Karlsruhe. Der Badische Landtag hat eine Entschließung angenommen, die die Haltung der badischen Regierung bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung in der Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden billigt und gegen die Kontrolle des Reiches über die Finanzverwaltung der Länder und Gemeinden protestiert.

Brag. Der französische Marschall Pétain wird in der zweiten Augushälfte hier eintreffen und größeren tschechoslowakischen Truppenmanövern beiwohnen.

Brüssel. Die zurzeit im Ruhrgebiet befindlichen belgischen Truppen werden zwischen dem 15. und 23. Juli in ihre belgischen Garnisonen zurückkehren.

London. Die Regierung von Ecuador ist von ausländischen Truppen unter dem Kommando des Generals Francisco Gomez gestürzt worden.

Madrid. Vizeadmiral Steele, der Kommandant der englischen Luftflotte, ist in Gibraltar eingetroffen. Sein Besuch wird mit der Errichtung einer englischen Flugbasis in Gibraltar in Zusammenhang gebracht.

Moskau. Von dem auf dem Wege von Moskau nach Peking befindlichen Luftgeschwader werden zwei Flugzeuge nach Tokio weiterfliegen. Zwei andere Flugzeuge werden einen Rundflug über China unternehmen.

Deutscher Reichstag.

(92. Sitzung.) OB. Berlin, 11. Juli.
In der fortgesetzten Aussprache der zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes spricht sich Abg. Jörissen für eine generelle Aufwertung unter Ablehnung der individuellen aus und stimmt dem Kompromiß zu.

Abg. Emminger (Bayer. Vp.) erklärt, daß er persönlich einen Aufwertungsatz von 30 % noch für tragbar gehalten hätte, daß die Regierung aber nicht darauf eingehen wollte.

Abg. Dr. Best (Völk.) vertritt die individuelle Aufwertung und bezeichnete das jetzige Kompromiß als eine erbärmliche Lösung. Festigen Angriffen, die er gegen Reichskanzler Dr. Luther richtete, den er als den Vernichter des deutschen Rechts bezeichnete, trat Reichsjustizminister Dr. Frenken entgegen. Nach Ausführungen des Abg. Korsch (Komm.) schloß die allgemeine Aussprache.

Der Reichstag trat dann in die Einzelbesprechung des Aufwertungsgesetzes ein. Bei § 2, der die Errechnung des Goldmarkbetrages regelt, lehnte sich Dr. Best (Völk.) für einen Antrag ein, der die Ermittlung des Goldmarkbetrages nach der inneren Kaufkraft der Mark am Tage der Entstehung des Anspruchs vornehmen will.

Abg. Saupe (Soz.) schloß sich dieser Auffassung an. Zu § 4, der die Höhe des Aufwertungsatzes für Hypotheken auf 25 % festsetzt, begründete Abg. Keil (Soz.) einen Antrag auf Erhöhung des Aufwertungsatzes auf 40 %.

Abg. Seiffert (Völk. Arbeitsgem.) stellte sich auf den Standpunkt, daß 25 % Aufwertung für die Hypotheken viel zu wenig seien, zumal sich dieser Betrag noch bedeutend vermindere, wenn nach dem Datum der Eintragung der Hypotheken in das Grundbuch und nach dem damaligen Dollarkurs der Wert errechnet werde.

Abg. Güllein (Komm.) behauptet, daß vom § 4 das Schicksal der wertfähigen Bevölkerung abhängt. Die Expropriation der kleinen Spar- und kleinen Rentner werde hier zur Tatsache.

Dann nahm das Haus die noch rückständigen Abstimmungen vor. Der mehr formale § 1 der Vorlage wurde mit allen gegen die kommunistischen und bolschewistischen Stimmen angenommen.

Abg. Best hat beantragt, der Umrechnung die innere Kaufkraft der Mark zugrunde zu legen. Über diesen Antrag erfolgte auf Antrag der Sozialdemokraten namentliche Abstimmung. Der Antrag Best wurde mit 225 gegen 131 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt; die §§ 2 und 3 gelangten in der Kommissionsfassung zur Annahme.

Die Erhöhung von 25 auf 40 % wurde mit 217 gegen 140 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt und § 4 der Ausschlußbeschlüsse, wonach

die Aufwertung 25 Prozent beträgt, mit großer Mehrheit angenommen.

§ 8 betrifft die Herabsetzung der Aufwertung. Abg. Reil (Soz.) befürwortete eine Abänderung, wonach nicht nur dem Eigentümer mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit die Befugnis, eine Herabsetzung zu verlangen, zustehen soll, sondern unter den gleichen Voraussetzungen auch der Gläubiger zum Verlangen einer Herabsetzung berechtigt sein soll.

Abg. Dr. Best (Völk.) hat einen Antrag gleicher Tendenz vorgelegt.

Abg. Bodius (Zentr.) bezeichnet eine solche individuelle Lösung als einen für die Praxis unangewandten Weg.

§ 8 wird in der Ausschlußfassung angenommen, desgl. § 6. Mit den Abänderungsanträgen der Kompromissparteien gelangt § 7 zur Annahme.

Nach weiterer unbesesselter Debatte wurden die Beratungen abgebrochen, die Abstimmungen wurden zurückgestellt, da sich das Haus fast völlig geleert hatte.

Abzug der französischen Besatzung.

Bochum geräumt.

Bochum, 12. Juli.

Das französische Infanterie-Regiment Nr. 91, die Stammtrope der Besatzung der Stadt Bochum, rückte unter klingendem Spiel zum hiesigen Hauptbahnhof, wo die Truppe verladen wurde. Die bisher hier in Garnison liegende Artillerieabteilung Nr. 22 rückte feldmarschmäßig, vollkommen neu ausgerüstet, in Richtung Castrop ab. Ausgenommen die Ställe und Militärgerichtshöfe kann die Stadt als geräumt betrachtet werden. Diese letzteren Kommandos werden in der Nacht vom 19. zum 20. Juli, wie nunmehr bestimmt verlautet, Bochum verlassen. Nach der neuen Ausrüstung der abgerückten Artillerie zu urteilen und bestimmten Verlautbarungen, sind die Truppen für Marokko bestimmt.

Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: Der Abzug der Besatzungstruppen macht sich nunmehr auch im Stadtbild bemerkbar. Französische Lastautos durchrauten fast ununterbrochen die Stadt, um Brennmaterial sowie das Material ihres Post- und Telegraphendienstes auf dem hiesigen Güterbahnhof zu verladen. Auch eine Anzahl Personenwagen ist bereitgestellt und Materialien aller Art sind in die bereitstehenden Züge verladen worden. Die Verladungen sollen in den nächsten Tagen weitergehen.

Türkisch-deutsche Meistbegünstigung.

Mit Wirkung vom 10. Juli d. J.

Berlin, 12. Juli.

Die Anfang dieses Monats in Angora eingeleiteten deutsch-türkischen Verhandlungen über die Wiederherstellung der gegenseitigen Meistbegünstigung haben zu einer Verständigung geführt. Die deutsche sowohl wie die türkische Regierung haben infolgedessen ihre Zollbehörden angewiesen, die Erzeugnisse des anderen Teils bei der Einfuhr mit Wirkung vom 10. Juli 1925 ab wieder meistbegünstigt zu behandeln.

Drunter und drüber in China.

Frankreich zieht sich zurück.

Wie aus Peking gemeldet wird, ist der dortige französische Gesandte als Vorsitzender der Untersuchungskommission für die Unruhen in Schanghai zurückgetreten. Der Gesandte war, wie es heißt, zu einem gewissen Entgegenkommen gegen die Chinesen geneigt und erregte dadurch das Mißfallen der anglo-amerikanischen Gruppe. Diese Gruppe möchte auch Japan zu sich heranziehen, doch gestalten sich die Verhandlungen überaus schwierig, da Japan starkes Mißtrauen gegen England hegt. Der neu-

Das alte Lied.

Roman von Fr. Lehne.

19

Nachdruck verboten.

„Ach, laß mich doch,“ sagte sie ungeduldig und sah ihn mit einem schwer zu beschreibenden Blick an — den Mann da vor ihr knien? Nein, nimmermehr wäre sie dazu heute imstande gewesen — es schüttelte sie vor Grauen, wenn sie daran dachte.

„Regina,“ hat er, „Du bist gar nicht —“ „Alalbert steht Du nicht, wie ich nervös bin? So laß mich doch! Ich bin müde und möchte schlafen,“ sagte sie etwas gereizt, und mit einem leisen Seufzer ließ er ihre Hand los.

Endlich allein! Endlich eine Stunde für sich. Sie atmete tief auf und breitete beide Arme aus, wie von einer schweren Last befreit. Dann öffnete sie das Fenster; es duftete zu betäubend in dem kleinen lauschigen Boudoir nach den Glazintönen und übrigen Blumen, die in verschwenderischer Fülle verstreut waren. Sie warf sich auf die Chaiselongue, verdrängte die Arme unter dem Kopf und dachte nach. Mit grauamem Deutlichkeit war ihr jetzt schon klar, daß Gernot Schönstedt das Verhängnis ihres Lebens werden würde, an ihm würde all ihre Festigkeit, ihre schmerz angelernte Ruhe scheitern.

Er hatte es ihr von der ersten Minute ihres Sehens angetan — er war der Mann, dem ihr Herz entgegenjauchzte — gleichviel, ob er wie sie gebunden war — seine goldene Freiheit war ihm noch lieber als die Braut, wie sie aus seinen Worten zu hören gemeint hatte. Und sie hatte ihre Hingabe um ein Nichts, um ein trügerisch glänzendes Loß, das sie sofort hinwerfen könnte, um mit dem Manne ihrer Liebe, wenn es sein sollte, auch in Dürftigkeit zu leben und doch reicher zu sein als jetzt, wo sie in vergeblicher Ohnmacht an dem Gitter ihres goldenen Käfigs zu rütteln begann, das aber doch fester als ihre schwachen Hände war. Ach, sie seufzte sich danach, aus der Fülle ihres Herzens, ihrer heißen, leidenschaftlichen Seele zu spenden, und der Durst nach Glück wuchs riesengroß in ihr. O, nur nicht denken müssen, nicht denken!

Sie mußte sich ja zusammennehmen, damit niemand ahnen konnte, was in ihr voranging.

entstandene Konflikt wird natürlich von den verschiedenen Parteien verschieden dargestellt.

Inzwischen hat der in Schanghai kommandierende General Tchang-Tso-Lin eine Proklamation erlassen, in der er betont, der Streit füge der chinesischen Sache großen Schaden zu. Er verlangt deshalb, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, solange die Verhandlungen mit den Mächten noch schweben. Die Nichtbefolgung dieses Befehls droht er mit hohen Strafen.

In chinesischen Kreisen nimmt man an, daß diese Proklamation von den Engländern und den Japanern ausgeht. Man behauptet, daß Tchang-Tso-Lin als Gegenleistung eine englisch-japanische Anleihe und noch sonstige andere Vorteile erhalten soll. Derartige Gerüchte finden auch in amerikanischen Kreisen Glauben.

Zusammentunft Amundsens mit Edener.

Berlin, 11. Juli.

Kapitän Roald Amundsen hat aus Oslo an Dr. Edener die telegraphische Anfrage gerichtet, wann und wo ein Zusammentreffen möglich wäre. Dr. Edener hat in seiner telegraphischen Antwort Amundsen gebeten, einen ausführlichen Brief abzuwarten, den er gleichzeitig nach Oslo abgesandt hat. In diesem Brief hat Dr. Edener nähere Mitteilungen über den Stand des Zeppelin-Nordpolplanes gemacht und vorgeschlagen, sich mit Amundsen innerhalb der nächsten 14 Tage in einer norddeutschen Hafenstadt zu treffen. Man nimmt an, daß die geplante Zusammentunft im letzten Drittel des Juli stattfindet.

Eine Volksspende für den Zeppelin.

Es werden zurzeit alle Schritte getan, um den Bau eines Zeppelins für die Edener-Expedition zu ermöglichen. Die Summe von etwa vier Millionen, die zusammengebracht werden muß, soll nicht etwa Regierungsgeld sein (die Regierung könnte bei der Lage Deutschlands die Summe gar nicht bewilligen), sondern sie soll sich aus allerleinsten Spenden zusammensetzen. Es ist eine wirkliche Volksspende gedacht, mit der Idee, daß das ganze deutsche Volk das Kulturwerk tragen soll.

Es ist beabsichtigt, zunächst eine ganze Anzahl verschiedener Wege einzuschlagen, um durch solche kleinsten Beiträge jedem Deutschen zu ermöglichen, sich an der Spende zu beteiligen. Erstens sollen die deutschen Stadt- und Landgemeinden zwei Pfennig pro Kopf ihrer Einwohnerzahl beitragen. Zweitens: die Gewerkschaften werden drei Monate lang zehn Pfennig für Monat und Kopf zur Sammlung abführen. Die Arbeitgeber ihrerseits werden dieselbe Summe zahlen. Drittens: auch die Beamten werden drei Monate lang zehn Pfennig auf den Kopf ihrer Organisationen aufbringen. Viertens ist an eine deutsche Jugendspende gedacht, die auch wieder drei Monate lang je fünf Pfennig sammeln will. Fünftens werden die Schau- und Lichtspielbühnen versuchen, auf jedes Billett einen Zuschlag von ein paar Pfennigen für den deutschen Zeppelin aufzuschlagen. Endlich werden die Zeitungen ihrerseits auf eine noch zu verabredende Art zur Volksspende beitragen.

Mietserhöhungen und Löhne.

Friedensmiete am 1. April 1926.

Im Steuerauschuß des Reichstages gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen Überblick über die Anwendung der Hauszinssteuer in den einzelnen Ländern. Der Minister bezeichnete es als notwendig, daß für die drei Jahre vom 1. April 1926 bis 31. März 1929 in allen Ländern ein gewisser Mindestsatz zur Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt werde. Als Mindestsatz seien 15–20% der Friedensmiete nötig.

Im Interesse einer einheitlicheren Gestaltung der Löhne und Gehälter und mit Rücksicht auf die Belastung der Wirtschaft müsse die Festsetzung einer Mindestmiete für das Reich erfolgen. Da die Miete für Juli in verschiedenen Ländern zwischen 80 und 90% liege und kein Land weniger als 70% der Friedensmiete als gesetzliche Miete habe, so könne bis zum 1. April 1926 für das ganze Reich die Friedensmiete ohne allzugroße Schwierigkeiten erreicht werden.

Der Minister gab dann bei der Frage der Rückwirkung dieser Mietssteigerung auf die Lebenshaltung einen Überblick über den Stand der Löhne und kam zu dem Schluß, daß das Lohnniveau vom Februar bis zum Mai 1925 durchschnittlich um 9% gestiegen sei. Die gesetzliche Miete sei kaum im gleichen Verhältnis gestiegen. Durch die Mietssteigerung werde also eine erhöhte Belastung der Wirtschaft faum bedingt.

Es dauerte gar nicht lange, so war Gernot von Schönstedt ein häufiger Gast im Hause des Grafen, der ihn sehr gern hatte, denn seine Frische und Fröhlichkeit, sein heiteres Wesen belebten die sonst allzu große Stille seines Hauses. Regina war ihm gegenüber immer von der etwas automatischen Liebeshörigkeit, die ihr eigen war seit der letzten Zeit.

Meisterhaft verstand sie es, sich zu beherrschen, daß kein Blick, kein Wort den Zustand ihres Innern verriet. Und doch wartete sie mit Sehnsucht auf sein Kommen, und das Mühsitzen mit ihm war ihr eine Quelle des reinsten Genusses, wenn sie auch schwer dazu zu bewegen war. Denn er spielte die Violine mit großem Talent und Gefühl, und selbstvergessen lautete sie den süßen Klängen, die so sehnsüchtig und schweremüht, dann wieder so siegesbewußt und jauchzend durch das Zimmer schwebten. Manchmal auch, aber sehr selten, begleitete er die Lieder, die sie so innig und herzergründend zu singen verstand — manchmal nur — denn was sollte sie singen? Liebeslieder — das konnte sie nicht, das ging über ihre Kraft; deshalb wählte sie mit Vorliebe italienische Sachen, die sie sich damals in Rom zu eigen gemacht hatte.

Je öfter Gernot mit Regina zusammen war, desto mehr fühlte er, wie sehr sie seine Seele beherrschte. Die Tage, an denen er sie nicht sah, zählte er zu den verlorenen. Niemals wohl hatte er ein schöneres Weib gesehen, und immer von neuem berauschte er sich an ihrem Anblick. Für ihn war alles vergessen, Heimat, Braut, Vater — nur ein Gedanke lebte in ihm: Regina! Gar oft fragte er sich: wie soll das enden? Er nahm sich vor, das Haus seines väterlichen Freundes zu meiden — und wenn der Tag kam, an dem er erwartet wurde, war jeder Voratz vergessen.

Mit elementarer Gewalt zog es ihn zu ihr; er fühlte, sie gehörten zusammen. Und daß sie ebenso dachte wie er, war ihm fast zur unumstößlichen Gewißheit geworden; daß sie kämpfte und innerlich litt, darüber konnte ihn selbst die meisterhafte Selbstbeherrschung nicht täuschen; er sah tiefer und las in den traurigen, sehnsüchtigen Augen der schönen Frau eine ganze Geschichte verschwiegener Qual und geheimen Leids — und einmal hatte es ihm der Gesang verraten: denn in wahrhaft erschütternder Weise hatte er sie das Lied singen hören: „Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß, was ich leide.“ Er sah und schmeckte mit keinem Worte an er

Der Vertreter Preußens erhob Bedenken verfassungsgemäßer und finanzieller Art gegen eine einheitliche Festlegung einer Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im ganzen Reich. Der Reichsarbeitsminister suchte diese Bedenken zu zerstreuen und kam zu dem Schluß, daß infolge der langjährigen künftigen Niederhaltung der Mieten eine gewisse Verpflichtung bestünde, dem Baugewerbe Aufträge zuzuwenden und einen Mindestsatz für Zwecke des Wohnungsbaues festzusetzen.

Die Aussprache im Höfle-Ausschuß.

Bericht über das Untersuchungsergebnis.

Im Höfle-Ausschuß des Preussischen Landtages erstattete nach Abschluß der Aussprache der Arzt Abg. Dr. Wester (Ztr.) Bericht über das gesamte Untersuchungsergebnis. Er stellte alle Verfehlungen fest, die bei der Festnahme Höfles und bei den weiteren Verhandlungen des Falles Höfle von Beamten der Staatsanwaltschaft begangen worden seien, bezeichnete die ärztliche Behandlung Höfles durch Dr. Hirsch und Dr. Strahmann als einwandfrei, erklärte aber, daß man es bei Dr. Thiele mit einem Manne zu tun habe, den man nicht definieren könne. Zum Schluß äußerte er sich zur Todesursache und betonte, daß das Gutachten Prof. Lehms, je sehr er es in seinen Schlüssen billigte, auf nur schmaler Basis stehe.

Dr. Wester schlug dem Ausschusse einen Antrag vor, in dem es als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß der Tod Höfles herbeigeführt worden sei durch Einflüsse unüberwinderlich und mißbräuchlich verabreichter narкотischer Stoffe. Ein Selbstmord bei freier Willensbestimmung sei durch nichts erwiesen.

Ohne Pflichtversummiz oder unbillige Härte gewisser Dienststellen wäre Höfle nicht in so trauriger Weise aus dem Leben geschieden.

Prozeß Angerstein.

Limburg, 11. Juli.

Für heute war das Urteil im Angerstein-Prozeß erwartet worden. Da die Rechtsanwälte jedoch nach Schluß der Beweisaufnahme erklärten, daß sie heute noch nicht würden plädieren können, wurden die Plädoyers auf Montag angelegt. Die Beweisaufnahme schloß mit den

Gutachten der medizinischen Sachverständigen.

Wie der Kreisarzt Dr. Tenbaum-Limburg kamen auch die Psychiater Prof. Dr. Jahrmärker, Direktor der Landesirrenanstalt Marburg, und Prof. Dr. Naef-Frankfurt a. M. am Schluß ihrer Gutachten zu dem Ergebnis, daß Angerstein für seine Taten voll verantwortlich sei, da er nicht als unzurechnungsfähig angesehen werden könne. Eine Geisteskrankheit oder auch nur eine Nervenkrankheit bestehe bei ihm nicht, auch ein sog. „Dämmerzustand“ bei Begehung der Tat sei zu verneinen. Daß die Mordtaten in einem wachsenden Affekt begangen worden seien, sei nicht zu bezweifeln. Die Motive lägen nicht ganz klar: die Verunreinigungen, das Familienleben, das vielleicht doch nicht so gut gewesen sei, wie man es dargestellt habe, vor allem aber die Krankheit der Frau, die mit ihrer Hysterie auf die ganze Stimmung des Hauses gedrückt haben dürfte — das alles sei zusammengekommen, um den Angeklagten zu beeinflussen. Ein von diesen Darlegungen abweichendes Gutachten erstattete der bekannte Psycholog

Prof. Herberz, der sich, wie er selbst erklärte, nur auf indirekte Eindrücke von Zeugnisaussagen stütze, da er mit dem Angeklagten selbst nicht zusammengekommen ist. Er bezeichnete die wirklichen Motive Angersteins als „im Unbewußten“ liegende. Es habe bei Angerstein wohl eine Auswirkung der Besonnenheit, der freien Willensbestimmung, vorgelegen. Diese Erklärungs-möglichkeiten der Tat durch Prof. Herberz wurden von den anderen Sachverständigen als vollkommen unberechtigt zurückgewiesen. Die weitere Verhandlung wurde darauf auf Montag, den 13. Juli, verlegt.

lokales und Provinzielles.

Salver, den 14. Juli 1925

□ Studium ohne Reifeprüfung in Preußen. Bekanntlich hat das preussische Kultusministerium vor zwei Jahren Bestimmungen ergehen lassen, nach denen es besonders befähigten Personen mit hervorragender wissenschaftlicher Begabung und guter Allgemeinbildung möglich ist, ohne Reifezeugnis zum Universitätsstudium und zu den betreffenden Prüfungen zugelassen zu werden. Diese Vorschriften werden demnach auf die landwirtschaftlichen, tierärztlichen und forstlichen Hochschulen ausgedehnt werden. Eine solche Maßnahme wird im Interesse derer, die aus einem äußeren Grunde nicht das Reifezeugnis erwerben konnten, lebhaft zu begrüßen sein. Die Anträge sind an die „Prüfungsstelle für die Zulassung zum Studium ohne Reifezeugnis“ Berlin, Unter den Linden 4, zu richten.

ihm zu verstehen, was sie ihm war, was ihn für sie erfüllte und ihm manchmal die Besinnung nehmen wollte — nein, wenn dies auch stärker war als er, so wollte er doch kein Ehrloser werden, der den Frieden und die Ruhe seines väterlichen Freundes stören wollte — dessen Weib ihm heilig wie seine Mutter sein mußte — wenn er auch nicht hindern konnte, daß in seinen Gedanken sie ihm alles war. Und beide verstanden sich so meisterhaft zu beherrschen, daß der Graf nicht das geringste von der Leidenschaft der beiden zueinander bemerken konnte. Wie ein Blitzstrahl war es über die zwei gekommen, und jeder fühlte instinktiv vom anderen, daß er ihm etwas galt — es konnte ja gar nicht anders sein! — Doch sie wußten sich so gut zu beherrschen, daß es keine böse Zunge in J. gab, die etwas Aufwärtiges oder Verdächtigendes in dem Verkehr Gernot Schönstedts bei Graf Rodenberg sah.

8. Kapitel.

So kam der Hochsommer heran. Ein unstetes Wesen hatte sich der jungen Gräfin bemächtigt, das sie mit Macht in die Ferne trieb; sie mußte fort — fort aus Schönstedts Nähe; denn länger konnte es nicht so weiter gehen. Ihn alle Tage sehen, immer förmlich gegen ihn sein, während ihre Seele nach ihm schrie — das ging über ihre Kraft. So bestimmte sie ihren Gatten, mit ihr nach San Sebastian zu gehen, wie er es ihr einmal versprochen. Der Graf war glücklich, daß sie endlich einmal wieder einen Wunsch äußerte, obwohl die weite Reise für ihn beschwerlich war. — Aber auch dort fand sie keine Ruhe; die majestätische Natur hatte keinen Einfluß mehr auf sie — zu tief lag die verderbliche Leidenschaft. Sie war nervös, lebendig, leicht gereizt geworden — ganz das Gegenteil von früher. Auch war sie etwas schlanker, eine Folge der inneren Kämpfe und schlaflosen Nächte.

Die Wogen rauschten ihr seinen Namen zu; sein Antlitz schaute aus ihnen zu ihr empor, wenn sie stundenlang an einsamer Stelle am Ufer saß und über das unendliche Meer blickte. Mit geheimnisvoller Gewalt zog es sie immer wieder dorthin, und die Wellen lockten und lockten: komm zu uns; wir tragen dich auf weichen Armen ins Land der Vergessenheit; dann hat dein Sehnen ein Ende, und du bist befreit von allem Leid der Erde!

(Fortsetzung folgt.)

Wissenschaftliche Fakultät der Universität den Chefredakteur Alexander W. K. den Besitzer der Königsberger Allg. Ztg., zum Dr. rer. pol. h. c. ernannt hat. Für den Verein Deutscher Zeitungsverleger ergriff Kommerzienrat Krumpholtz das Wort. Bei dem sich anschließenden Frühstück hielt Dr. G. K. eine launige Ansprache. Namens der Reichs- und Staatsbehörden und im Namen Ostpreußens sprach Oberpräsident Siehr. Er begründete die Auffassung, daß Ostpreußen zu den unentbehrlichsten Ländern Europas gehört, und daß es die Russeneinfälle und der Frieden von Versailles erst zu einem interessanten Lande gemacht haben.

Börse und Handel.

* **Zuchtviehmarkt.** Rinder- und Pferdemarkt. Der Auftrieb betrug 408 Rinder, darunter 390 Milchkühe, 3 Zugochsen, 7 Bullen, 8 Stüd Jungvieh, 77 Kälber, 583 Pferde. Der Markt verlief lebhaft bei wenig Kauflust und weichen Preisen. Es wurden gezahlt in Rm. und je Stüd: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 400-570, 2. Qualität 280-400, 3. Qualität 200-280. Ausgefuchte Kühe und Kälber über Notiz. B. Tragende Färsen: 1. Qualität 250-450, 2. Qualität 160-280. Ausgefuchte Färsen über Notiz. C. Zugochsen (pro Zentner Lebendgewicht): gelbes Frantenvieh, Scheinfelder 45-50. D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere, Färsen 35-42. Ausgefuchte Posten über Notiz. — Am Pferdemarkt lauten die Preise in Rm. und je Stüd für 1. Klasse 1000-1400, für 2. Klasse 800-1000, für 3. Klasse 500 bis 800, für 4. Klasse 200-600. Der Markt verlief bei unveränderten Preisen ruhig.

* **Schlachtviehmarkt.** Der Auftrieb betrug: 2070 Rinder, darunter 474 Bullen, 585 Ochsen, 1011 Kühe und Färsen, 1750 Kälber, 11250 Schafe, 6471 Schweine, 20 Ziegen, 132 Auslandschweine. Bei Rindern, Kälbern und Schafen verlief der Markt ruhig, bei Schweinen ziemlich glatt. Die Preise lauten: Ochsen a) 58-62, b) 50-55, c) 43-48, d) 32-38; Bullen a) 55-58, b) 50-53, c) 45-48; Kühe und Färsen a) 55-62, b) 45-50, c) 35-41, d) 28-32, e) 22-25; Fresser 36-42; Kälber a) —, b) 65-72, c) 58-63, d) 52-55, e) 45-50; Schafe a) 48-56, b) 35-44, c) 22-32; Schweine a) —, b) 80 bis 81, c) 79-80, d) 76-78, e) 73-75, f) bis 72; Säue 72 bis 76; Ziegen 20-25.

* **Pfälzische Güteauktion** vom 10. Juli. An der 18. pfälzischen Güteauktion kamen etwa 4200 Stüd Kalbfelle, 280 Hammelfelle und 150 Kuhhäute, 900 Rinderhäute, 400 Ochsenhäute, 675 Farrenhäute, 250 Stüd österreichische Ochsen- und Rinderhäute, 170 norddeutsche Kuh-, Ochsen- und Rinderhäute und 20 Schafhäute zum Angebot. Es wurden folgende Preise erzielt (per Pfund in Pfennigen): Kalbfelle und Fresser (Kalbfelle bis 9 Pfund): 170-174, über 9: 140-145, norddeutsche 140, Schaf: 92, Fresser: 104. Rinderhäute: 20 bis 29: 95%, 30-39: 96%, 40-59: 93%, 60-79: 101%, bis 79: 95%, 80-89: 81, mit Kopf über 50: 89. Ochsenhäute: 80 bis 49: 85%, 50-59: 88, 60-79: 96, 80 und mehr: 88, mit Kopf bis 49: 80%, mit Kopf über 50: 80%. Färsenhäute: 20-29: 93, 30-49: 89, 50-59: 76%, 60-79: 77%, 80 und mehr: 74%, mit Kopf bis 49: 80, über 50: 66-66%, Kuhhäute: 30 bis 49: 80, 50-59: 87%, 60-79: 96%, 80 und mehr: 97%, mit Kopf bis 49: 79%, mit Kopf über 50: 77-81%.

Amliche Berliner Notierungen vom 11. Juli.

* Börsenrubeltag. Infolge des Börsenrubeltag wurden am 11. Juli an der Berliner Börse auf dem Effekten- und Devisenmarkt amliche Kursfeststellungen nicht vorgenommen.					
* Butter. 1. Qualität 1,68 M., 2. Qualität 1,48 M., abfallende Qualität 1,28 M. für 1 Pfund.					
* Produktenbörse. Getreide und Erbsen pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm.					
	11. 7.	10. 7.		11. 7.	10. 7.
Weiz., märk.	—	—	Weiz., f. Br.	12,7-12,8	12,7-12,8
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	13,3-13,4	13,3-13,4
Koggl., märk.	225-228	226-230	Waps	340-360	340-355
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Wittor. Erbs.	28-34	28-34
Futtergerste	200-215	200-215	fl. Speiserbs.	25-26,5	25-26,5
Braugerste	196-200	198-201	Futtererbsen	22-26	22-26
Hafer, märk.	233-242	233-242	Wickbohnen	24-26	24-26
pommerscher	—	—	Wicken	29-27,5	25-27
westpreuß.	—	—	Lupin., blaue	12-13	12-13
Weizenmehl	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Serabellia	—	—
Blm. br. inkl.	—	—	Rapstuchen	15,4-15,6	15,4-15,6
Art. d. Not.	33,5-36	33,5-36	Leinfuchen	22,4-22,6	22,4-22,6
Roggenmehl	—	—	Trodenfuchl.	10,7-11,1	10,6-11,0
p. 100 Kil. fr.	—	—	Wv. Zuchschn.	—	—
Berlin br.	—	—	Sortim. 30/70	9,4-9,5	9,5
inkl. Sad	31,0-33,2	31,0-33,2	Kartoffeln	4,2-4,2	23,9-24,3

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Allg. Ortskrankenkasse d. Gemeinden Schalksmühle und Hülscheid.

Betrifft Neuwahl des Ausschusses.

Auf unsere Bekanntmachung vom 9. Juni d. J. ist dem Unterzeichneten von den Wahlberechtigten Arbeitgebern und Versicherten nur je ein Wahlvorschlag mit der erforderlichen Anzahl Vertreter und Ersatzleute zugegangen. Nach § 10 der Wahlordnung gelten die in Vorschlag gebrachten Personen somit als gewählt. Die auf Sonntag, den 25. Juli anberaumte Wahl findet nicht mehr statt.

Auf Grund des § 20, in Verbindung mit § 1, Absatz 1, der Wahlordnung machen wir das Wahlergebnis hierunter bekannt:

1. Arbeitgebervertreter.

a) Vertreter.

1. Ernst Paris, Kaufmann, Schalksmühle
2. Gustav Schröder, Fabrikant,
3. Emil Krampe, Fabrikant, Klagebach
4. Wilh. Voewen, Bauunternehmer, Schalksmühle
5. Fritz Krägeloh, Fabrikant,
6. Gustav Eversberg, Fabrikant
7. Emil Beyer, Bauunternehmer, Heedfeld

b) Ersatzleute.

1. Willy Groll, Fabrikant, Schalksmühle
2. Robert Hüffer, Mehrgemeister, "
3. Hugo Becker, Fabrikant,
4. August Brode, Anstreichermstr.
5. Richard Ulbricht, Fabrikant, Klagebach
6. Ernst Weirich, Proturist, Schalksmühle
7. Friedrich Schriever, Fabrikant,
8. Carl Wedder, Fabrikant, Niederreewinkel
9. Otto Haarbush, Dachdeckermeister, Dahlebrück
10. August Schulz, Badermeister, Schalksmühle
11. Carl Forkel, Fabrikant,
12. Otto Langmann, Proturist,
13. Paul Spelsberg, Gastwirt, Heedfeld
14. Karl Kimm, Schreinermeister, Dahlebrück

2. Arbeitnehmervertreter.

a) Vertreter.

1. Hugo Dannenberg, Schleifer, Flaktamp
2. Fritz Gebhardt, Fabr.-Arb., Niederreewinkel
3. Alb. Worlinghaus, Galvaniseur, Schalksmühle
4. Carl Diebel, Schlosser, Lauenscheiderhof
5. Johann Schultheiß, Schmied, Klagebach
6. Fritz Tendel, Fabrikarbeiter, Am Ufer
7. Carl Piepenstock, Schmied, Flaktamp
8. Heinrich Nebe, Schlosser, Niederreewinkel
9. Ernst Schürmbeck, Schmied, Schalksmühle
10. Wilhelm Schöneberg, Schmied, Dahlebrück
11. Wilhelm Hohage, Schmied, Halver
12. Ernst Adersmann, Schmied, Dahlebrück
13. Fritz Cramer, Bader, Klagebach
14. Carl Schröder, Schmied, U. Wippelstahl

b) Ersatzleute.

1. Wilh. Glittenberg, Fabr.-Arb., Schalksmühle
2. Ernst Vangescheid, Schmied
3. Ernst Kleinschmidt, Schlosser
4. Gust. Neuhans, Schmied, Klagebach
5. Johann Wiegand, Schmied, Klagebach
6. Theodor Heggemann, Schmied, Schalksmühle
7. Fritz Dunkel, Schleifer, Schalksmühle
8. Carl Borrefeld, Schreiner,
9. Fritz Kaiser, Montierer, Schalksmühle
10. Hubert Fernholz, Schmied, Halver
11. Wilh. Schmidt, Schmied, Klagebach
12. Ernst Buschlag, Schlosser,
13. August Vangescheid, Bader, Schalksmühle
14. August vom Hofe, Dreher, Dahlebrück
15. Gustav Piepenstock, Schlosser, Schalksmühle
16. August Dicksch, Schmied, Wüsterhof
17. Robert Eider, Schleifer, Schalksmühle
18. Otto Röwenstrunk, Fabr.-Arb., "
19. Herm. Cramer,
20. Jakob Schiefenbusch, Schmied, Oberklagebach
21. Wilhelm Bachhaus, Bader, Niederreewinkel
22. Wilhelm Romberg, Maurer,
23. Ludwig Rentrop, Schleifer, Klagebach
24. Otto Selbach, Schmied,
25. Hermann Hebig, Maurer, Schalksmühle
26. Albert Hohage, Schmied, Klagebach
27. Gustav Mähler, Schmied,
28. Walter Dingel, Fabr.-Arb., "

Schalksmühle, den 10. Juli 1925.

Allgem. Ortskrankenkasse der Gemeinden Schalksmühle und Hülscheid.
gez. Ernst Paris,
Vorstand des Vorstandes.

Bekanntmachung.

Eine große Anzahl von Steuerpflichtigen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden, der Landwirtschaft und der freien Berufe unterläßt es nach wie vor, die vorgeschriebenen monatlichen bzw. vierteljährlichen Voranmeldungen für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer an die Finanzämter einzureichen. Das System der Voranmeldungen und Vorauszahlungen ist seit über 1 Jahr in Kraft. Die vorgeschriebenen Formulare, auf deren vollständige Ausfüllung nicht verzichtet werden kann, sind bei den Finanzämtern in gewünschter Menge erhältlich. Die meisten Tageszeitungen bringen auch monatlich Steuerkalender, die über die in dem betreffenden Monat zu erfüllenden steuerlichen Pflichten Aufschluß geben. Die Versäumnis der Abgabe der Voranmeldung kann daher regelmäßig nicht mehr als entschuldbar angesehen werden. Mit Rücksicht hierauf sind die Finanzämter angewiesen, künftig rücksichtslos von der Befugnis des § 170 der Reichsabgabenordnung Gebrauch zu machen und den säumigen Steuerpflichtigen zugunsten des Reichs einen Zuschlag bis zu 10% der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen. Daneben werden wegen nicht pünktlicher Leistung der Zahlung Verzugszuschläge berechnet, die zurzeit 1% für jeden angefangenen halben Monat betragen.

Hülscheid, den 10. Juli 1925

Finanzamt.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr werde ich im Preußenhof in Halver 200 Pfd. Rauchtabak in Pakg. v. 3 Pfd. 10 Str. Erbsmehl, 1 Kiste Kornedbeef öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Der Verkauf findet bestimmt statt.

Langner,
Obergerichtsvollzieher in Hülscheid.

Tanzschule.

Zur gefl. Kenntnis, daß ich am Mittwoch, den 15. beginnend im Lokale des Herrn Wilke in Ehringhausen, und am Freitag, den 17. beginnend im Lokale des Herrn Cramer zu Ahelle je einen

Unterricht für moderne Tänze

eröffne. Im Lehrplan d. Neueste „Blues“ „Tango“, „Foxtrott“, „Onstep“, „Boston“ usw. Gebl. Anmeldungen werden in den Unterrichtsstunden entgegengenommen.

Um rege Beteiligung ersucht

Fr. Kattwinkel,

Mitgl. des Verbandes deutscher Tanzlehrer.

Unterricht für Kinder von 5-7 Uhr nachm. für Erwachsene von 8-10 Uhr abends. Anzahlung 5 Mk.

Sauerland Führer und Wanderbuch.

Enthält u. a. die genaue Beschreibung der schönsten Wanderungen. Mk. 1.70.

40 Sauerland-Bilder

mit Uebersichtskarte zu Mk. 2.— und 3.—

Sauerland-Karte

einzelne Mk. 1.60

vorrätig in der

Buchhandlung

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Geschäfts-Empfehlung.

Mit dem heutigen Tage übernahm ich käuflich von der Geschäftsaufsicht Gebr. Haase, Halver, das im Hause

Kronprinzenstraße 26 bestehende

Kolonialwarengeschäft

Es wird mein Bestreben sein, die geehrten Bewohner von Halver und Umgegend durch beste Waren zu billigen Preisen zufriedenzustellen.

Ich bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Paul Schäckermann,
Halver.



Ord. Mädchen

für einen Geschäftshaus-

halt gesucht.

Von wem sagt die

Ges. d. Allg. Anzeigers

Halver

Mädchen und Frauen

für hohen Akkordlohn

gesucht.

Erich Wippermann,

elektrotechn. Fabrik,

Halver.

Zuverlässiger Landwirtsch. Arbeiter

der gut mit Pferden um-

gehen kann zum halbi-

sten Eintritt gesucht

Lohn nach Uebersicht

Zu erfrag. in d. Ges. d.

d. Allg. Anz. Halver.

Suche 15-20 Akkord-

arbeiter

für Ausheben von Kabe-

gräben an der Straße

Halver—Anschlag

woselbst Meldungen ent-

gegengenommen werden.

Fr. Benninghaus,

Tiefbaugeschäft

Dürenerhaus.

Geeignetes Haus

für den Geschäfts-

platz in Schalksmühle

zu kaufen gesucht

Offerten unter N 1343

an die Ges. d. Schalks-

mühler Gen. Anz. Halver

erbeten.

Rucksäcke, Spazierstöcke

empfehlen

Wilh. Bell jr.

Halver.

Berg-Mark. Milchproduzentenverband Ortsgruppe Halver.

Mittwoch, 15. Juli cr. nachm. 6,30 Uhr im Gasthof zur Post, Halver

Bersammlung

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe der neuen

Milchpreise.

2. Einführung der tier-

ärztlich. Stallkontrolle.

3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden

gebeten vollständig in der

Bersammlung zu erschei-

nen, da die Milchpreis-

regelung auf ganz neuer

Grundlage erfolgt ist.

Der Vorstand.

Wirtverein Halver.

Donnerstag, d. 16. Juli

nachmittags 4 Uhr im

„Eiderland“, Oberbrügge

Bersammlung

der Völkerevereine

Tagesordnung:

Getränksteuer.

Der Vorstand.

Gewerb. Mittelstandsvereinigung Schalksmühle.

Mittwoch, d. 22. Juli

Abds. 8 Uhr im Lokale

Hugo Hüffer

Bersammlung

Tagesordnung wird in

d. Bersammlung bekannt-

gegeben. Vollständiges

Erscheinen erbetet.

Der Vorstand.

Ladenraum

mit

gr. Kellerraum

zu vermieten.

Wo, sagt d. Ges. d. d.

Allg. Anz. Halver.

Michel-Brot

wöchentlich mehrere Male

frisch, empfiehlt

Rudolf Johann,

Carthausen.

Beckumer Zement

Bonner

Zement

Sackzement, Gyps,

Schwemmsteine,

sämtliche Sorten

Sand

hat stets auf Lager

Otto Döler,

Dhl.-Rönsahl.

Korbflaschen

a 5, 10, 15, 20 und 25 Lit.

empfehlen

Aug. Bollmerhaus

Kierspe-Whf.